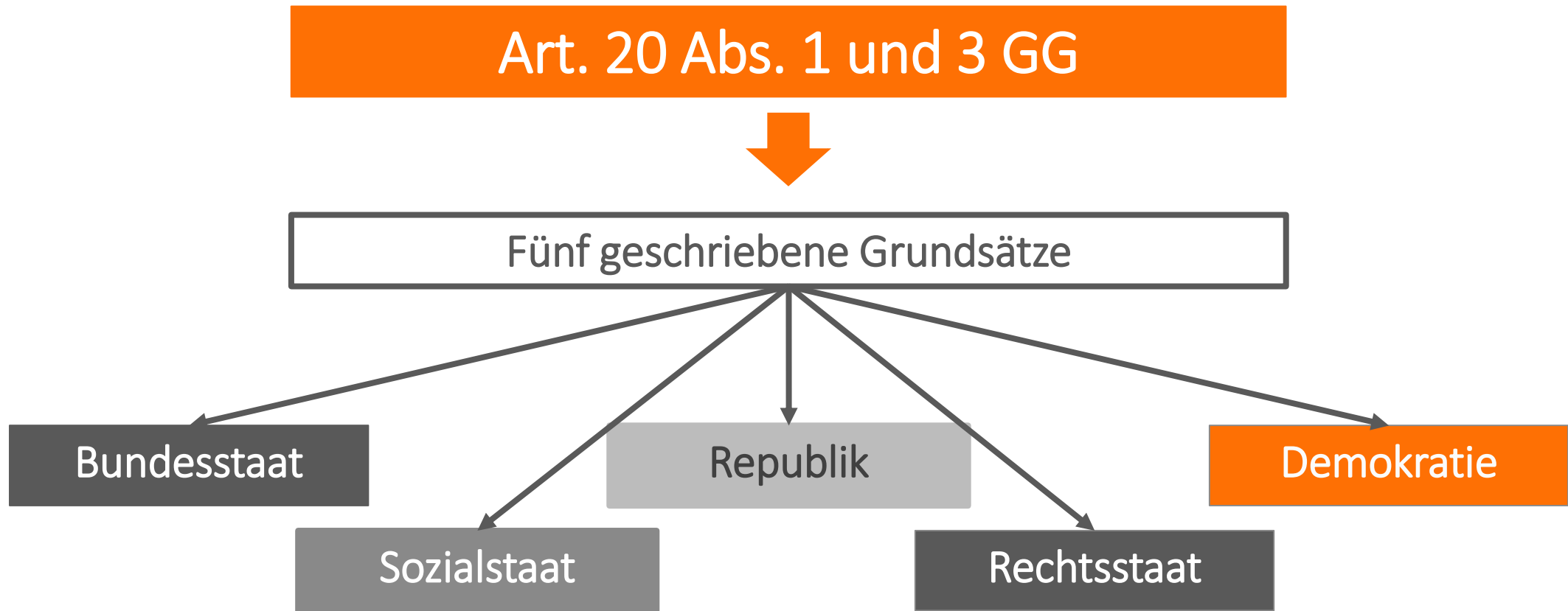

ÖR Webinar – Regierungsbildung

Thomas Weiler

▶ Staatsstrukturprinzipien



Grundsätze der Demokratie

Art. 20 Abs. 2
GG

Grundlegende Elemente

Volkssouveränität

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, Art. 20 Abs. 2 S. 1
=> Volksherrschaft,
Entscheidungen demokratisch legitimiert (**Wahlen, Abstimmungen**)

Mehrheitsentscheidung und Minderheitenschutz

Entscheidungen durch (ggf. qual.) Mehrheiten, aber Rechte für Minderheiten

Willensbildung von unten nach oben

Volk übt Souveränität durch **Wahlen und Abstimmungen** aus

Wahlrechtsgrundsätze

Art. 38
Grundgesetz

 Fünf geschriebene Grundsätze

allgemein

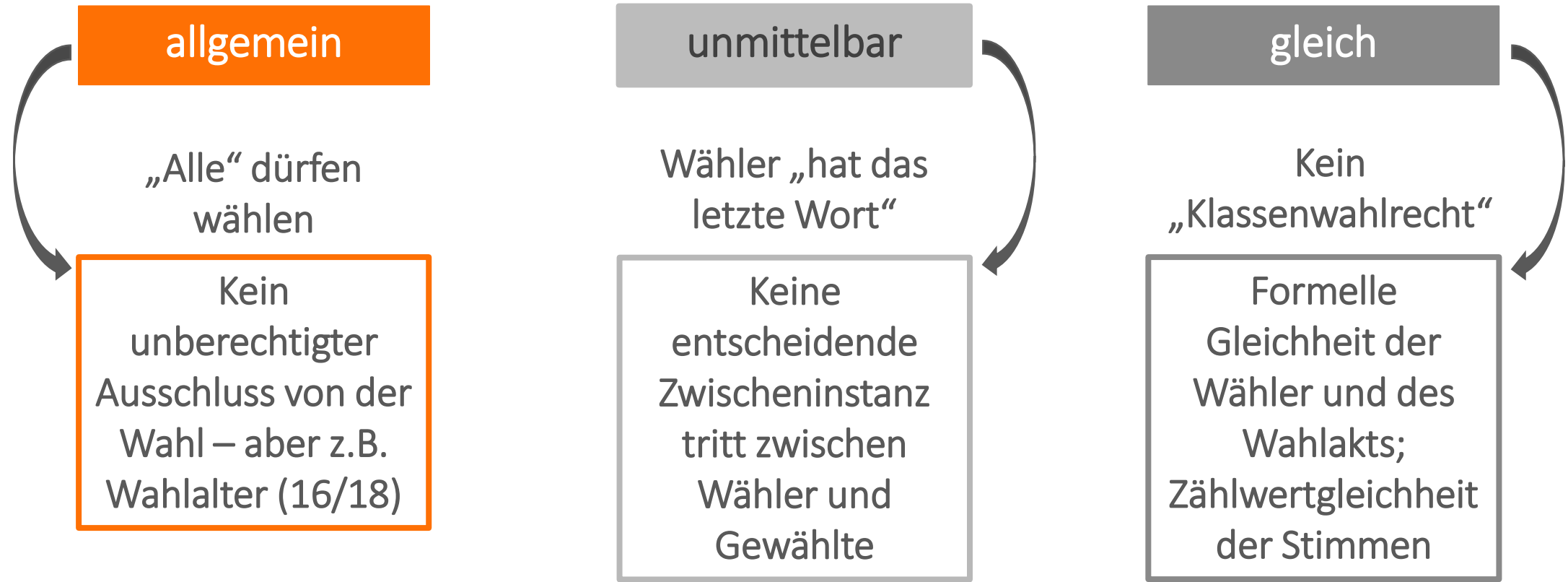
unmittelbar

frei

gleich

geheim

Geschriebene Wahlrechtsgrundsätze I



Geschriebene Wahlrechtsgrundsätze II

frei
(Wahl)

Wähle ich? Wen
wähle ich?

Keine
Beeinflussung
durch den Staat;
keinerlei Druck
oder Zwang

frei
(Abstimmung)


leicht
eingeschränkt

Sachliche
Bewertungen und
Stellungnahmen
staatlicherseits
zulässig, ggf. sogar
geboten

geheim

schützt und stärkt
die freie Wahl

Der Einzelne muss
und darf seine
Entscheidung nicht
offenlegen; kein
Stimmen(ver)kauf

 VG Köln, Beschluss vom
18.04.2017, 4 L 1613/17
KommunalPraxis Wahlen
2017, S. 155, mit Anmer-
kung Knut Engelbrecht

▶ Ungeschriebener Grundsatz: Öffentlich

Grundgesetz

▶ Laut BVerfGE 123, 39 hergeleitet aus:

Demokratie

Republik

Rechtsstaat


„Der Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl gebietet, dass alle wesentlichen Schritte der Wahl öffentlicher Überprüfbarkeit unterliegen, soweit keine Ausnahme verfassungsrechtlich gerechtfertigt ist“

Grenze wäre also z.B. die „Geheimheit“ der Wahl


Staatstrukturprinzipien

Wahlen müssen auch genügen den Grundsätzen der...


Demokratie

 Wahlen sind der grundlegende Legitimationsakt der Demokratie; die Öffentlichkeit muss sich davon überzeugen können, dass keine Manipulationen vorliegen.

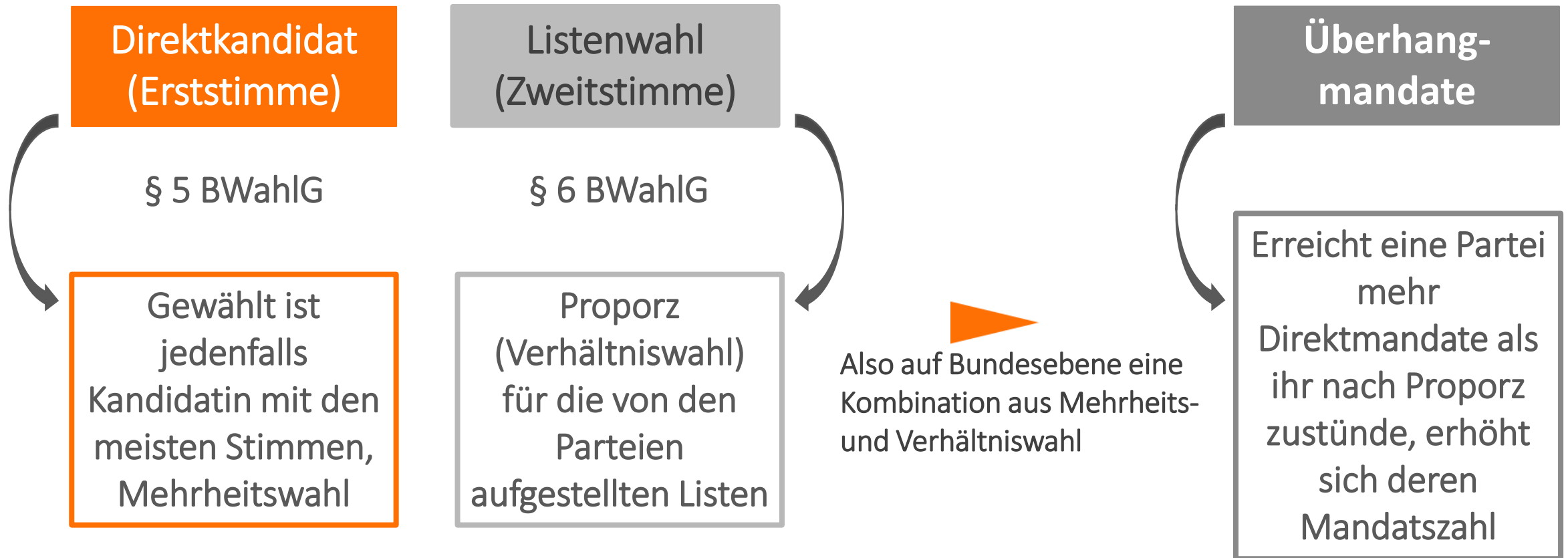
Republik

 Wahlen sind Sache des ganzen Volkes, jeder Bürger muss die zentralen Schritte der Wahl zuverlässig nachvollziehen und verstehen können.

Rechtsstaat

 Öffentlichkeit dient der Transparenz und Kontrolle; die Handlungen der Staatsorgane müssen vom Bürger zur Kenntnis genommen werden können.

Bundestagswahl: Zwei Stimmen



Mandatzuteilung

§ 6 BWahlG

 Dies führt zur Vergrößerung des Bundestages
Stand Oktober 2021: 735

Grdsl. 299 + 299

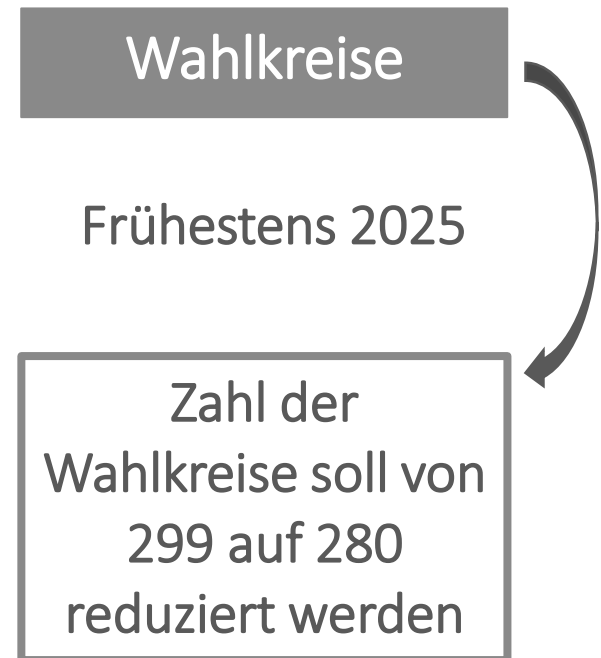
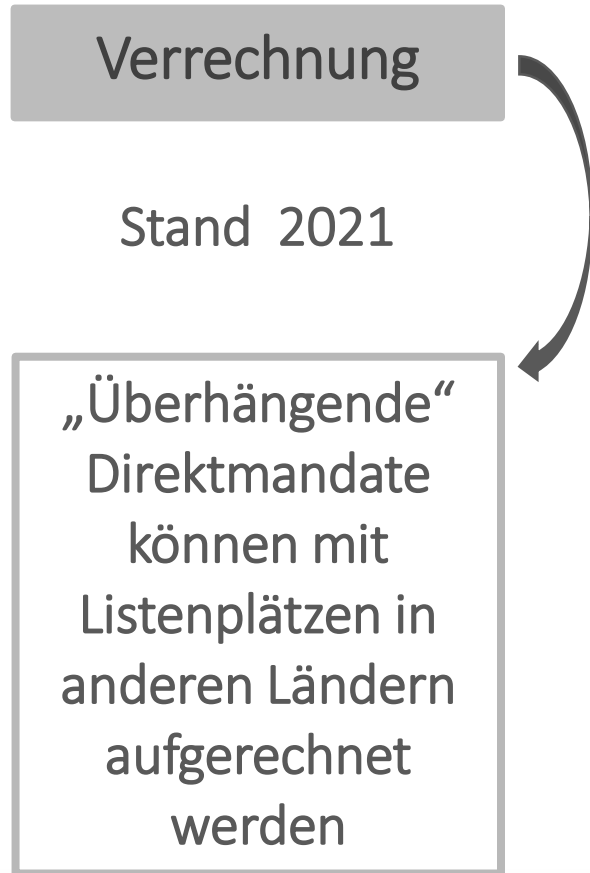
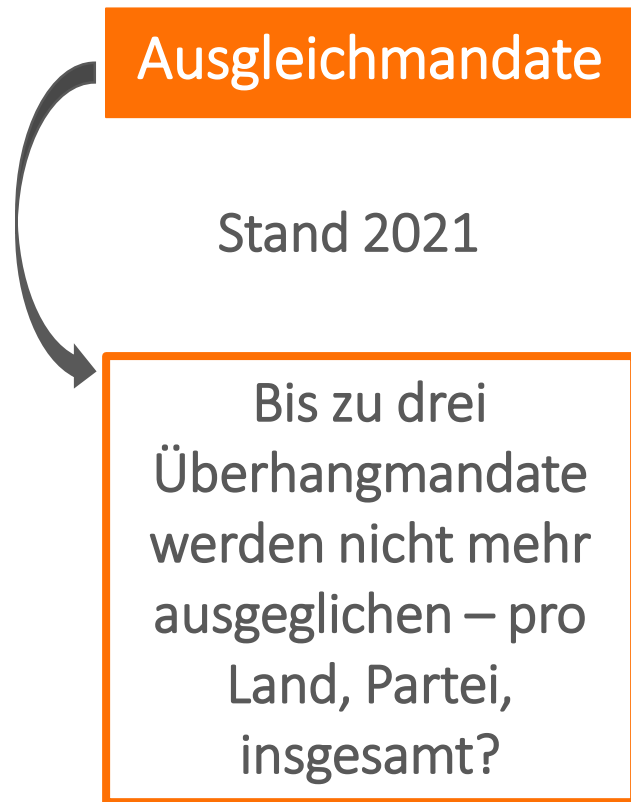
Überhangmandate

Ausgleichsmandate

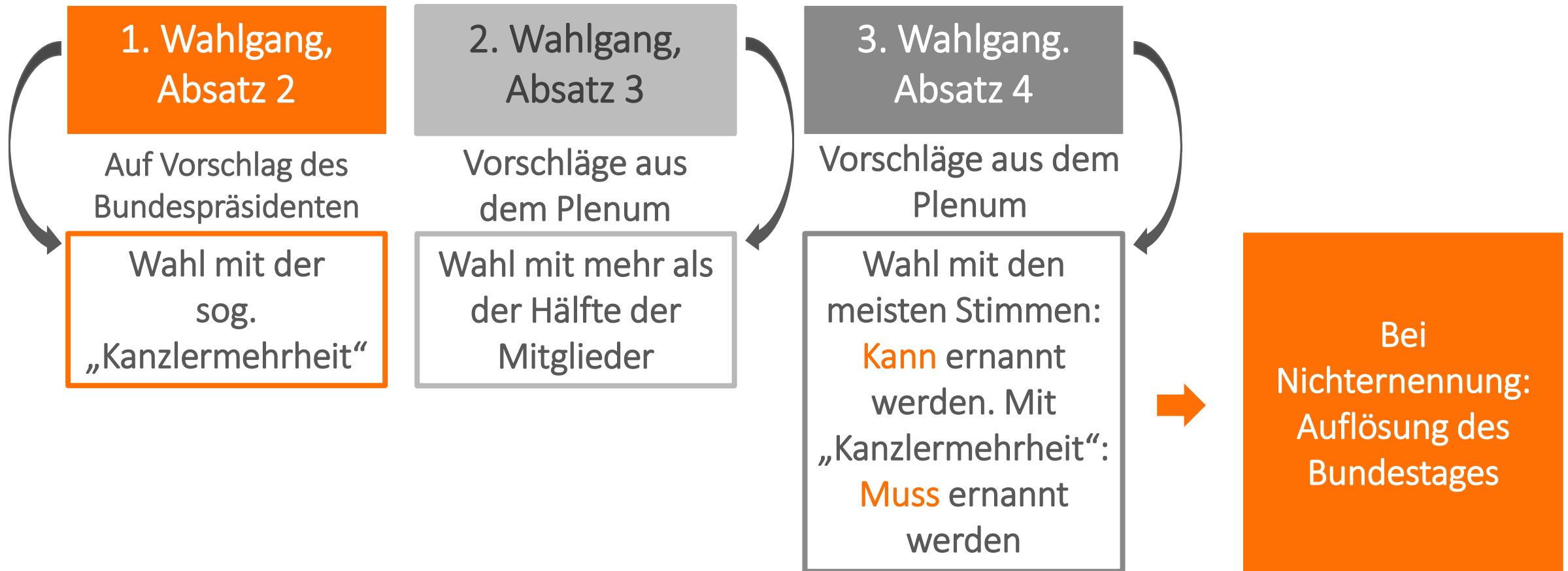
Überhangmandate faktisch nur für CDU/CSU und SPD – daher Ausgleich für die anderen Parteien =>
BVerfGE 131, 316 – 376 (2012)

Verfahren vor dem BVerfG
anhängig; Eilantrag
abgelehnt Beschluss vom
20.07.2021 – 2 BvF 1/21

Reformen



Wahl des Bundeskanzlers



Die Bundesregierung

Kapitel VI, Artt. 62-69 GG

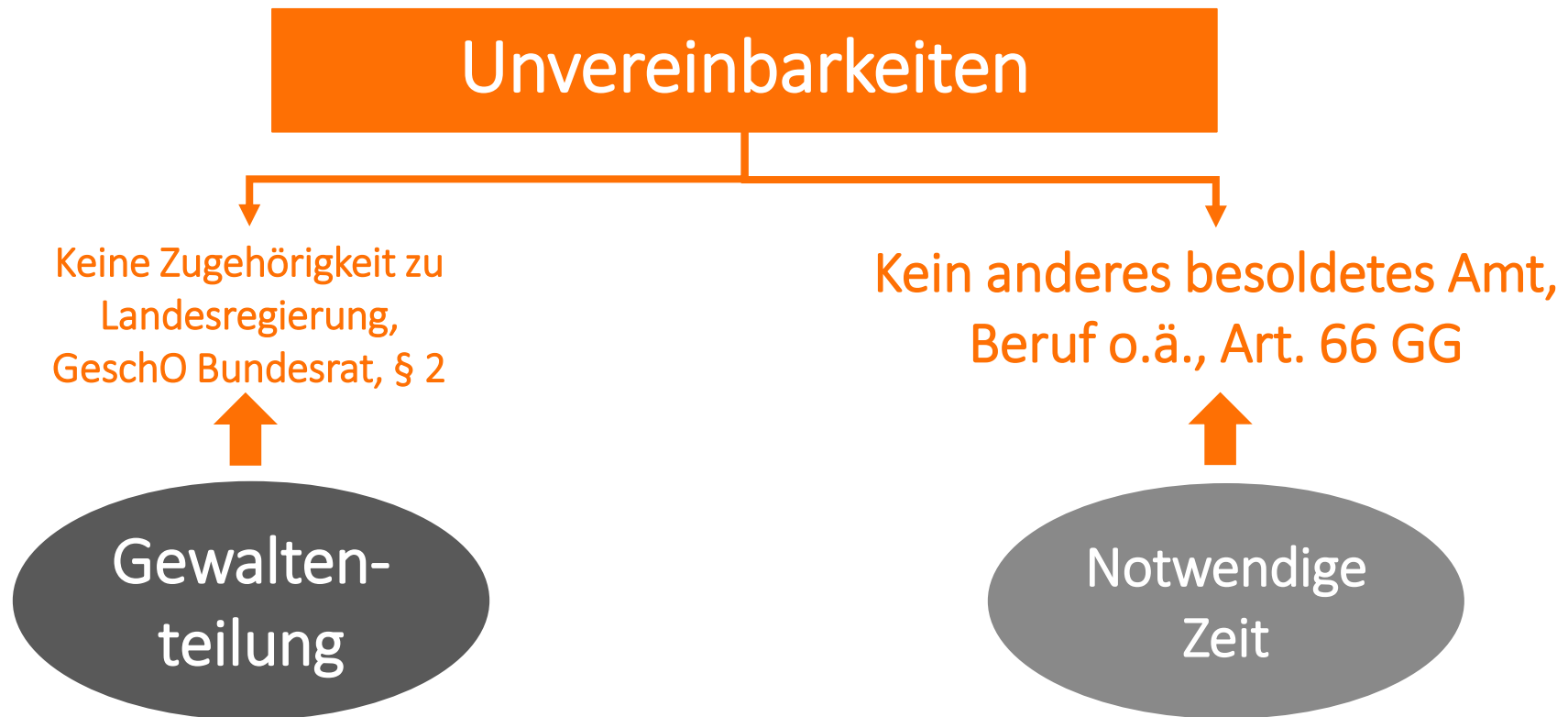
Bestehend aus Bundeskanzler
und Bundesministern, Art. 62,
davon ein stellvertr. Kanzler
(„Vizekanzler“), Art. 69 Abs. 1

Rollenverteilung

Ernennung/Entlassung, Art. 64 I GG

Bundesminister werden vom Bundespräsidenten auf Wunsch des Bundeskanzlers ernannt, der Kanzler ist bei seiner Auswahl ggf. durch den Koalitionsvertrag geprägt

Der Bundeskanzler kann Minister auch jederzeit ohne Nennung von Gründen entlassen – ein „gerichtsfreier Hoheitsakt“, d.h. es gibt keine Kündigungsschutzklage o.ä.



 Problem:

Bundespräsident *ernennt* Minister

Muss er dies tun oder kann er frei entscheiden?



Hat er eine Prüfungskompetenz?

▶ Formelle Prüfung Bundespräsident

Kompetenz

Hier hat der Bundespräsident ein umfassendes Kontrollrecht – er kann also alle formellen Fragen zu Zuständigkeit, Verfahren und Form prüfen



Beispiele

„Kanzlermehrheit“ nicht erreicht

Entscheidungen liegen nicht schriftlich vor

Materielle Prüfung Bundespräsident

Kompetenz

Lediglich „Evidenzkontrolle“,
d.h. Verstöße müssen klar
und offensichtlich sein



Beispiele

Unvereinbarkeit des Ministeramts mit
anderen Posten nach Art. 66 GG

Keine deutsche Staatsbürgerschaft des
Bundeskanzlerkandidaten

Amtszeiten

Neuwahl/Abwahl

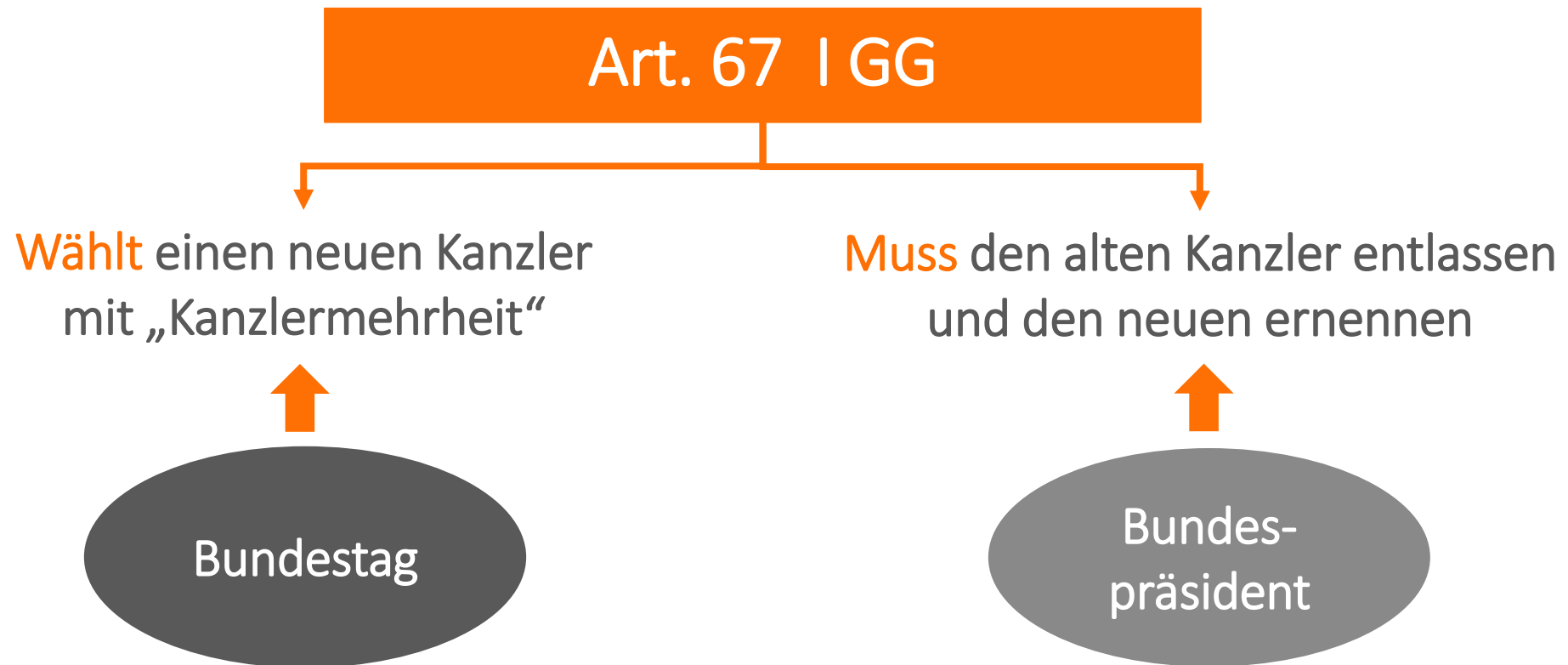


```
graph TD; A[Neuwahl/Abwahl] --> B[Neuwahl]; A --> C[Abwahl];
```

Die Amtszeit endet bei
Zusammentritt eines neuen
Bundestages, Art. 69 Abs. 2;
die Regierung bleibt
geschäftsführend im Amt,
Art. 69 Abs. 3 GG

Das Ministeramt endet mit
Abwahl des Bundeskanzler
durch konstruktives
Mißtrauensvotum, Art. 67
i.V.m. Art. 69 Abs. 2 I. HS,
Rücktritt des Kanzlers usw.

Konstruktives Mißtrauensvotum



▶ Vertrauensfrage - Druckmittel des Kanzlers

Art. 68 I GG

▶ Möglichkeit, den Bundestag aufzulösen

Bundeskanzler

Stellt die Frage nach Vertrauen
(kann mit einem anderen
Vorhaben verbunden werden)

Bundestag

Spricht dem Kanzler nicht mit
„Kanzlermehrheit“ das Vertrauen aus

Bundespräsident

Kann den Bundestag auflösen (auf
Vorschlag des Kanzlers)